

# Sag mir, wo die Blumen sind

Nahezu alle beklagen den hohen Flächenverbrauch – doch die Pflicht, Ausgleichsflächen zu schaffen, wird offenbar ignoriert

Von Christian Sebald

**München** – Wenn es um den Flächenfraß geht, dann ist der Ballungsraum München Spitze: Gut 22 000 Hektar vormals freies Land haben die Landeshauptstadt und die angrenzenden Kommunen zwischen 1984 und 2009 mit neuen Wohn- und Gewerbegebieten, aber auch Straßen zugepflastert. Wenn es aber um den Ausgleich für diesen gigantischen Landverbrauch geht, halten sie sich in der Region – wie überall in Bayern – sehr zurück. Nur gut 3000 Hektar Land haben die Landeshauptstadt und die Landkreise im Ballungsraum als sogenannte Ausgleichsflächen an das Landesamt für Umwelt (LfU) gemeldet – als Flächen also, auf denen sie Magerrasen, Bauminseln,

Jedes Jahr wird in Bayern eine Fläche von der Größe des Chiemsees zugebaut.

ein kleines Moor oder andere Biotope angelegt haben, um den Flächenfraß zumindest etwas zu kompensieren. Für Fachleute wie den Grünen-Landtagsabgeordneten Christian Magerl ist die Diskrepanz ein Skandal. „Nicht nur, dass der Flächenverbrauch völlig unverantwortliche Formen angenommen hat“, sagt Magerl, der die Zahlen jetzt beim bayerischen Umweltminister Marcel Huber (CSU) erfragt hat. „Auch bei den Ersatzmaßnahmen, zu denen die Kommunen ja per Gesetz verpflichtet sind, läuft es völlig aus dem Ruder.“

Natürlich ist es schön, wenn die Wirtschaft brummt und überall attraktive Wohnungen, neue Arbeitsplätze und schnelle Verkehrsverbindungen entstehen. Dabei wird aber allzu oft vergessen, dass Grund und Boden nicht vermehrbar sind; sie sind endlich. Deshalb rangiert der Flächenfraß längst ganz oben auf der

Liste der Umweltprobleme in Bayern. Das sagen nicht nur die Grünen und Umweltverbände, das sagen CSU-Politiker wie Umweltminister Huber oder Agrarminister Helmut Brunner und sogar Bauernpräsident Gerd Sonnleitner. Der aktuelle Artenschutzbericht der Staatsregierung nennt den Flächenfraß sogar als eine der Hauptursachen dafür, dass 40 Prozent der heimischen Tier- und Pflanzenarten auf einer Roten Liste stehen. Tatsächlich werden derzeit jeden Tag knapp 21 Hektar Land in Bayern zugebaut, die eine Hälfte davon für Wohnen und Gewerbe, die andere für Straßen. Auf's Jahr gesehen summiert sich das auf eine Fläche von der Größe des Chiemsees.

Dabei gibt es zahlreiche Vorschriften, dass mit Grund und Boden sorgsam umzugehen ist – egal ob im Bau- oder im Naturschutzgesetz. Und für jeden Eingriff muss nach einem fein ausgeklügelten System Ersatz geleistet werden. In Bayern hat der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sogar Verfassungsrang. „Es gehört zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gesellschaft und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, eingetretene Schäden möglichst zu beheben oder auszugleichen“, steht in Artikel 141 der bayerischen Verfassung. Und im „Bündnis für Flächensparen“, das Staatsregierung, Umweltorganisationen, Städte und Gemeinden 2003 ausgerufen haben, engagieren sich mittlerweile mehr als 40 Vereinigungen und Verbände – vom Bauzentrum München und den Haus- und Grundbesitzern über die Kammern der Architekten und Ingenieure bis zu den Heimatpflegern und den Kirchen.

Deshalb verärgert es den Grünen-Politiker Magerl, der auch den Umweltausschuss des Landtags leitet, zutiefst, dass Staatsregierung, Kommunen und Behörden im Alltag offensichtlich sehr lax mit all den Vorschriften und selbst gesetzten

Zielen umgehen. So schreibt das bayerische Naturschutzgesetz vor, dass die Kommunen alle Ausgleichsflächen für Baumaßnahmen an das zentrale Ökoflächenkataster des LfU melden müssen. Aber Umweltminister Huber gibt in seiner Antwort an Magerls Anfrage zu, dass er keine Kenntnis hat, ob und in welchem Umfang sie das tun. Auch was Umsetzung und Erfolg der Ausgleichsmaßnahmen anbelangt, ist die Staatsregierung ahnungslos. „Die Kontrolle der Ausgleichs- und Ersatzflächen obliegt den jeweiligen Genehmigungsbehörden“, schreibt Huber. „Dem Landesamt für Umwelt (und damit der Staatsregierung; d. Red.) liegen hierzu keine Angaben vor.“ Nicht nur für Magerl ist deshalb

dem Wildwuchs Tür und Tor geöffnet. Die renommierte Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege im oberbayerischen Laufen hat schon 1999 einer einschlägigen Aufsatzsammlung den Titel gegeben: „Planung ja, Umsetzung vielleicht, Kontrolle nein?“

Für Magerl sind Konsequenzen überfällig: „Die Staatsregierung muss kontrollieren, ob all die vorgeschriebenen Ausgleichsflächen angelegt werden“, sagt er. Sonst könne man den gigantischen Flächenfraß nie reduzieren. Die Grünen fordern, ihn bis 2020 in Bayern auf fünf Hektar am Tag einzudämmen – so wie das die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes vorgibt. Zu der hat sich der Freistaat freilich bisher nicht bekannt.

## SZ-Forum in Fürstenfeldbruck

Der Landkreis Fürstenfeldbruck hat die höchste Bevölkerungsdichte in Bayern. Allein in den städtischen Kommunen im Osten leben auf engstem Raum 150 000 Menschen. Der Zuzug ist in den vergangenen Jahren zwar etwas zurückgegangen, dafür wachsen nun vor allem die ländlichen Gemeinden im Westen; und im Osten rückt der große Nachbar München mit dem neuen Stadtteil Freiam unmittelbar an die Landkreisgrenze heran. Mit der Frage, wie der Münchner Westen den Bevölkerungszuwachs bewältigen kann, beschäftigt sich ein SZ-Forum am Dienstag, 7. Februar, im kleinen Saal des Veranstaltungsforums Fürstenfeld. Auf dem Podium sitzen Landrat Thomas Karmasin (CSU), der Olchinger Bürgermeister Andreas Magg (SPD), der Fürstenfeldbrucker Stadtbaumeister Martin Kornacher und der Türkenfelder Musiker Hans Well (ehemals Biermösl Blosn). Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr, der Eintritt ist frei. SZ



So sieht eine Ausgleichsfläche für Ikea in Brunnthal aus. Foto: Schunk

SZ / BT / 04.01.2012